

Posener Zeitung.

Zweihundachtzigster

Jahrgang.

Nr. 830.

Mittwoch, 26. November.

1879.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reichs an.

Inserate 20 Pf. die sechsgealtene Petitzeile oder deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

Amtliches.

Berlin, 25. November. Der Kaiser hat im Namen des Reichs den bisherigen Regierungs-Minister bei dem Bezirks-Präsidium zu Straßburg i. E., Freiherrn von Reichlin-Meldegg zum kaiserlichen Regierungsrath in der Verwaltung von Elsaß-Lothringen zu ernennen geruht.

Dem Oberlehrer Dr. Anton Viertel am königlichen Wilhelms-Gymnasium zu Königsberg i. Pr. und dem Oberlehrer Dr. Peter Schorn an der Realschule 1. Ordnung zu Köln ist das Prädikat „Professor“ beigelegt worden.

Vom Landtage.

12. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Berlin, 25. November. 11 Uhr. Am Ministertisch Bitter und Lucius mit zahlreichen Kommissarien.

Eingegangen ist der Entwurf eines Ausführungsgesetzes zur deutschen Gebührenordnung für Rechtsanwälte.

Das Haus tritt in die zweite Beratung des Staatshaushaltsetats ein und zwar zunächst in die Spezial-Beratung des Etats der landwirtschaftlichen Verwaltung.

Minister Dr. Lucius: Die vorliegenden Etats sind nach denselben Grundjahren aufgestellt, wie in den früheren Jahren, denen sie sich auch in Bezug auf die Höhe anschließen. Für verschiedene produktive Zwecke, Meliorationsanlagen, für die Geflügel-, für Aufzucht von Oedländeren, für wissenschaftliche Zwecke u. höhere Summen als die geforderten zu erreichen, verbot die gegenwärtige Finanzlage. Aber alle angefangenen Bauten oder Organisationen werden in dem bisherigen Umfang fortgeführt. Durch den Uebergang der Meliorationsfonds auf die Provinzen ist überhaupt nach dieser Richtung hin die Thätigkeit des Reichs eine beschränktere geworden, während noch immer zahlreiche Anträge auf Subvention von Meliorationsanlagen eingehen, welche der Minister zu bewilligen außer Stande ist. Seine Thätigkeit beschränkt sich auf die Subvention von größeren Meliorationsbauten, welche mehrere Provinzen umfassen oder von allgemeiner Bedeutung sind. Auf der anderen Seite ist ihm ein neuer großer Wirkungskreis durch die Verwaltung der Domänen und Forsten eröffnet worden. Bei dem hohen Werthe dieses Vermögensobjekts, bei seiner Bedeutung für die Staatsfinanzen wird jede Verwaltung in erster Linie die finanzpolitischen Rücksichten wahrzunehmen und sich fern zu halten haben von agrarischen Experimenten. Dagegen wird es möglich sein, neben dem fiskalischen auch das allgemeine Landeskulturinteresse zu fördern. Wenn die gegenwärtige Verwaltung in ihren Grundjahren von der früheren nicht erheblich abweichen wird, so enthält der Etat doch einige entscheidende Positionen, nämlich für zwei neue Lehrstühle an dem neuen landwirtschaftlichen Lehrinstitut in Berlin. Das 1874 beschlossene große landwirtschaftliche Museum und das damit verbundene Lehrinstitut in Berlin soll im nächsten Frühjahr seiner Bestimmung übergeben werden als eine Lehranstalt für die höchsten wissenschaftlichen und praktischen Zwecke der Landwirtschaft: die Betriebslehre, die Pflanzenbaulehre, die Thierzucht sollen in allgemein fächerlicher Weise gelehrt werden, ebenso alle Zweige der Naturwissenschaft in einer für die Landwirtschaft nutzbaren Methode, Botanik mit Rücksicht auf die Kulturpflanzen, Physiologie der Pflanzenernährung, Zoologie und Chemie. Auch ein Lehrstuhl für Nationalökonomie ist in Aussicht genommen und alles, was Berlin mit seinen andern Instituten bietet, soll mitbenutzt und die Lehrkräfte der Universität, des Polytechnikums u. s. w. sollen möglichst für eine nebenamtliche Thätigkeit an der landwirtschaftlichen Akademie gewonnen werden. Nachdem die landwirtschaftliche Akademie als selbstständige Anstalt, nicht als Abtheilung der Universität oder des Polytechnikums errichtet ist, mußte man sie mit allen Mitteln ausstatten, welche sie für die Landwirtschaft in allen Punkten nutzbar machen können. Außerdem wird die Errichtung eines solchen Spezialinstituts vielleicht junge Gelehrte veranlassen ihre Kräfte mehr als bisher diesem Spezialfach zu widmen, wenn sie für ihre Lehrthätigkeit einen geeigneten Wirkungsfreis finden. In der baulichen Einrichtung ist Sorge getragen, daß neben dem Institutslaboratorium ein zweites eingerichtet wird, welches zur Disposition der landwirtschaftlichen Gewerbe, der Spiritus- und Zuckerindustrie, gestellt werden kann. Was die von den Schülern der Akademie zu fordernde Vorbildung betrifft, so schien es zweckmäßig, diese Frage vorläufig noch nicht zu entscheiden, aber in den Anprüchen nicht hinausgehen über die Vorbildung, welche die Berechtigung zum einjährigen Dienst gewährt. Die Nothwendigkeit, dieses Institut reichlich und vielseitig auszustatten, hat leider die Folge gehabt, die Frage wegen des Fortbestandes der Akademie in Proskau zur Entscheidung und zwar zur negativen Entscheidung zu bringen. Es hätte mir bei meiner kurzen Amtsdauer nahe gelegen, diese wichtige Entscheidung zu vertragen; allein nach Lage der Sache war eine Beschlussfassung unaufschiebbar. Schon der Plan, das Berliner Institut zu gründen, hatte das Eingehen der Akademie in Proskau in Aussicht gestellt und der Referent der Budgetkommission deutete bereits damals darauf hin. In dem Maße, als der Neubau in Berlin fortschritt, sind auch die Schritte zur allmählichen Auflösung der proskauer Anstalt gethan worden, so daß ich nur in der Lage war, die beteiligten Ressortminister zu fragen, ob sie die Auflösung ihrer Amtsvorgänger theilten. Die Auflösung der proskauer Akademie ist beschloffen, der Beschluß ist allerhöchst bestätigt worden, sie wird also am 1. April 1881 eingehen. So zeitgemäß seiner Zeit die Begründung der proskauer Akademie war, da man sie in unmittelbare Verbindung mit einem großen Domänenbetriebe setzen wollte, so ist sie jetzt nicht mehr notwendig, da in allen Provinzen Musterwirtschaften existiren, bei denen die Rentabilität den richtigen Maßstab für das angeordnete Wirtschaftssystem abgibt. Dagegen ist es schwierig, an einem so isolirt gelegenen Orte ausgezeichnete Lehrkräfte zu ver sammeln, und für die Lehrer ist es schwer, sich auf der Höhe der Wissenschaft zu halten. Es gereicht mir deshalb zur besonderen Genugthuung, daß ohne Veranlassung von hier aus das Lehrkollegium von Proskau eine Rundgebung für Aufhebung der Anstalt an mich hat gelangen lassen. Es wird darauf Bedacht zu nehmen sein, die dortigen Sammlungen und einige der dortigen Lehrinrichtungen mit der Universität Breslau zu vereinigen und auch einige Lehrkräfte dort zu verwerthen; ein anderer Theil wird in Berlin seine Stelle finden. Für den Ort Proskau selber wird Bedacht genommen werden, daß man durch die Belassung des pomologischen Instituts daselbst und durch Etablierung eines Se-

minars den lokalen Interessen gerecht werde. Die kleinen Mehrforderungen für die Akademie in Poppelsdorf bedürfen wohl kaum einer Begründung; die Lehre der Agrikulturtechnik hat daselbst einen so bedeutenden Aufschwung genommen, daß die Anstalt jetzt als muster-giltig betrachtet werden kann. Die landwirtschaftlichen Mittelschulen befinden sich in einem sehr erfreulichen Aufschwunge, sowohl was ihre Zahl, als die Zahl ihrer Schüler betrifft. Zwei Anstalten haben das Recht erhalten, daß ihre Absolvirung zum einjährigen Dienst berechtigt, eine in Heiligenbeil ist vor Kurzem eröffnet worden und für Ostpreußen soll eine zweite Landwirtschaftsschule errichtet werden. So wie auf der einen Seite der Berliner Anstalt der akademische Charakter nicht fehlen darf, können sich die Mittelschulen innerhalb des Rahmens ihrer jetzigen Lehrzwecke beschränken, ja es würde wünschenswerth sein, durch Vereinfachung des Lehrplans die Bildung noch gründlicher und intensiver zu machen.

Bei der nunmehr beginnenden Spezialdiskussion erwähnen wir nur diejenigen Positionen, die besprochen werden oder zu Bemerkungen Anlaß geben. Alle nicht erwähnten werden ohne Widerspruch genehmigt.

Zu Kapitel 99, Titel 7, zur Remunerirung von Hilfsarbeitern einschließend einer Funktionszulage von 1200 Mark für den Vorsteher des Zentralbureaus 26,200 Mark, befürwortet Abg. Stengel den Beschluß der Budgetkommission diese 1200 Mark zu streichen und die Position auf 25,000 Mark herabzusetzen, während der Regierungskommissar Geh. Oberfinanzrath Köttger es trotz der mäßigen Finanzlage für die Pflicht der Regierung erklärt, diese Funktionszulage zu beibehalten. Die Zunahme der Geschäfte bei den Zentral-Verwaltungsstellen in Folge der andauernden parlamentarischen Thätigkeit habe die Anforderungen an die Zentralbureauvorsteher derartig gesteigert, daß sie vom Morgen bis zum Abend ununterbrochen im Dienste sein müssen; zur Erledigung der Geschäfte sei bedeutende Ueberbürdung und besonderer Takt nöthig, es erscheine also wohl auch eine außergewöhnliche Entschädigung am Platze. Die Staatsregierung lege großen Werth auf die Bewilligung der Forderung.

Abg. Nickerl bittet dem nach eingehender Diskussion einstimmig gefaßten Beschlusse der Budgetkommission beizutreten. Ein Antrag, die Funktionszulage auf 600 Mark herabzusetzen, sei nur von wenigen Stimmen unterstützt worden und die oben gehörte Motivirung einer hohen Funktionszulage für eine einzelne Kategorie von Beamten bei der gegenwärtigen Finanzlage erscheine nicht als ausreichend. Die Verhältnisse, wie sie der Herr Kommissar geschildert, beständen schon seit Jahren und früher vielleicht in verstärktem Maße als jetzt, wo die Maschine unserer Gesetzgebung hoffentlich etwas mehr zur Ruhe kommen werde. Die Pflicht jedes Beamten sei es, seine Schuldigkeit zu thun, man dürfe daher nicht für etwaige Mehrleistungen nur bei einzelnen Beamten gleich mit erheblichen Funktionszulagen vorgehen. In der Budgetkommission sei man sich über die sehr erheblichen Konsequenzen einer solchen Bewilligung durchaus klar gewesen. Ganze Kategorien von Beamten seien ebenso überlastet, wie die Vorsteher der Zentralbureaus und müßten folgerichtig sofort dieselbe Zulage erhalten.

Ministerialdirektor Marcard weist darauf hin, wie überaus aufreibend der Dienst des Vorstehers eines Zentralbureaus sei, der zugleich eine ganz exzeptionelle Vertrauensstelle seinem Chef gegenüber einnehme. Sein Posten sei zugleich die höchste Stufe, die für eine gewisse Beamtenkategorie und zwar erst nach langjährigem mühsamen Dienst erreichbar sei.

Abg. v. Hülsen erinnert an seine abweichende, in der Budgetkommission geäußerte Ansicht, die mit der der Staatsregierung durchaus übereinstimmt. Für die schwierige Stellung des Vorstehers eines Zentralbureaus könne man nur ein Pendant auffinden und das sei die des Bureauvorstehers des Abgeordnetenhauses.

Abg. v. Heereman kann es nicht als ein Glück betrachten, wenn gründlich erwogene Beschlüsse der Budgetkommission nachträglich im Plenum durch einen Appell an das Mitgefühl und andere löbliche Tugenden erschüttert werden sollen. Gewiß habe der Vorsteher eines Zentralbureaus enorm viel zu thun und es sei ganz natürlich, daß jeder Minister so viel als möglich seinen fleißigen und vertrauenswürdigen Beamten zuzuwenden suche. Es wäre ja sonst geradezu heillos. Aber andern Leuten, Gewerbetreibenden, Landwirthen, gebe es heute zu Tage auch nicht gut und sie müßten sich durchschlagen. Wenn eine Kategorie von Beamten nach der generell erfolgten Erhöhung der Gehälter jetzt einer Nachhilfe bedürfte, so seien es die Subalternen. (Zustimmung.)

Die Zulage von 1200 M. wird mit allen Stimmen gegen die der Rechten abgelehnt.

Zu Kapitel 100, Tit. 1, Gehalt des Präsidenten des Revisionskollegiums für die Landesultursachen, bemängelt v. Schellwitz die finanzielle Zurücksetzung des mit nur 11,400 Mark dotirten Präsidenten dieses Gerichts gegen den im Range ihm gleichstehenden Präsidenten eines Oberlandesgerichts, der ein Gehalt von 14,000 Mark und außerdem noch Wohnungsschädigung von 1800 bis 3000 Mark beziehe, und spricht die Hoffnung aus, die Staatsregierung werde im nächsten Etat eine Ausgleichung schaffen, was Minister Dr. Lucius mit dem Bemerkens zusetzt, daß nur die Rücksicht auf die finanzielle Lage der Ausgleichung schon im vorliegenden Etat entgegengefallen.

Bei Kapitel 101, Titel 1, Gehälter der Auswärtigen-Beschörden, richtet Abg. v. Jazdzewski an die Regierung eine Anfrage wegen Revision der nach den wirklichen Preisen in argem Mißverhältnis stehenden Normalpreise in der Provinz Posen, die nach einer Aeußerung eines Vertreters der Regierung bereits im Gange ist.

Zu Kapitel 102, Titel 4, pomologische Institute in Proskau und Geisenheim, macht Abg. Berger auf verschiedene Mißstände im geisenheimer Institut aufmerksam. Schon bei Anlage desselben seien schwere Bedenken gegen Lage und Boden geltend gemacht worden, doch habe die Regierung im Jahre 1868 die Zustimmung der Landesvertretung zur Errichtung des Instituts erlangt und dabei den voraussichtlichen Kostenaufwand auf 53,000 Thaler beschränkt. Thatsächlich seien aber bis jetzt 460,000 Mark, also nahezu das Dreifache dafür verausgabt, und dazu kommen noch die jährlichen Unterhaltungskosten mit 40—50,000 Mark. Man sollte denken, mit solchen Mitteln müßte mindestens eine Universität zu Stande kommen. Bei seinem diesjährigen Besuch der Anstalt habe er nur 14 junge Leute angetroffen, die trotz der 3000 Thaler, die sie pro Kopf kosten, eher den Eindruck von jungen Gärtnern als von Akademikern machten. Es seien zwar zwei überflüssige sehr kostspielige Gemächshäuser, aber sehr schlechte Weinberge, keine Kellereien und ein chemisches Laboratorium von 10 Fuß im Geviert vorhanden. Erfreulich seien nur die

dort eingerichteten und von Auswärtigen gut besuchten pomologischen und oinologischen Extrakurse. Aus dem Gesagten ergebe sich die Nothwendigkeit einer Umgestaltung dieser Anstalt in dem Sinne, daß man aus der Akademie eine einfache Lehranstalt für Gärtnerei und Weinbau mache. Der Minister habe es in der Hand, von den vorzüglichen staatlichen Domänen-Weinbergen welche an die Anstalt zu überweisen. Zum Schluß berührt Redner noch eine ihm von verlässiger Seite gewordene Mittheilung, derzufolge der Direktor des Instituts bei seinen Maßnahmen keineswegs freie Hand habe, sondern seiner Instruktion gemäß in allen irgend wichtigen Fragen thatsächlich von dem General-Konsul Lade, dem Vorsitzenden des Kuratoriums, abhängig sei.

Minister Dr. Lucius kann den Wünschen des Abg. Berger um so entschiedener Berücksichtigung zugeben, als die bereits getroffenen und noch zu treffenden Maßnahmen zur Umgestaltung des Geisenheimer Instituts ungefähr das zum Ziele haben, was Berger angeregt. Ganz entschieden aber müsse er dem widersprechen, daß Generalkonsul Lade irgend welchen bestimmenden Einfluß auf die Anstalt ausübt. Das Engagement des neuen Direktors sei sogar ohne Wissen und Willen Lades erfolgt und die wissenschaftliche Position desselben gebe wohl hinreichende Garantien für seine Selbstständigkeit. Den Gedanken Berger's, von den kostbaren Domänen-Weinbergen einige als Experimentirfeld für die Anstalt abzugeben, könne er nicht acceptiren; auch die Frage wegen eines chemischen Laboratoriums sei schon in Fluß.

Abg. Berger erwidert, es habe ihm ferne gelegen, vom Minister zu verlangen, er solle kostbare Domänen-Weinberge zum Experimentirfeld abgeben; zu einem solchen genügt auch die jetzt vorhandenen schlechten Weinberge, aber er halte es für zweckmäßig, wenn die Anstalt auch gute Weinberge bekomme und sie in gutem Zustande erhält. Was Lade angeht, war es ihm erfreulich zu hören, daß dieser Herr bei der jüngsten Ernennung des Direktors nicht Konfurent war, aber einen Widerspruch seiner Angaben bezüglich der Instruktion vermissen er.

Abg. Dr. Seelig betont die Nothwendigkeit, dem Wein- und namentlich dem Obstbau wissenschaftliche Stützen zu bieten, wie es in anderen Ländern längst der Fall ist. Man dürfe auch nicht vergessen, daß ein Institut, wie das Geisenheimer, nicht bloß der darin gebildeten 14 jungen Leute wegen da ist, sondern allgemeine wissenschaftliche Interessen und Ziele zu verfolgen habe. Die Wahl Geisenheims zur pomologischen Versuchsanstalt erscheine entschieden verfehlt; an einem Orte, der bereits mehrere Jahrhunderte Früchte getragen, errichte man kein pomologisches Institut.

Darauf erfolgt die Annahme der Position.

In Bezug auf eine Mehrforderung von 15,000 Mark für eine im Regierungsbezirk Gumbinnen zu errichtende landwirtschaftliche Mittelschule bemerkt Abg. v. Minnigerode: Bis zum vorigen Jahre war die Provinz Ostpreußen im Vergleich zu den übrigen in dieser Beziehung mehr als stiefmütterlich behandelt worden. Sie besaß überhaupt keine einzige derartige Anstalt. Im vorigen Jahre wurden auf die Initiative der königlichen Staatsregierung die Mittel für eine erste derartige Anstalt und zwar zunächst für den Westen der Provinz, in Heiligenbeil bewilligt, die auch bereits im vorigen Jahre ins Leben gerufen wurde. Aber schon bei diesem Beschluß war man darüber eing, daß eine einzige isolirte Anstalt bei der Größe der Provinz und der fundamentalen Bedeutung der Landwirtschaft für den Osten der Monarchie das Bedürfnis nicht befriedigen könne, daß noch eine zweite für den östlichen Theil der Provinz herzustellen sei. Diese Forderung soll nun in der vorliegenden Form realisiert werden, wofür der Redner im Namen aller dort Betheiligten der königlichen Staatsregierung seinen Dank und zugleich die Hoffnung ausspricht, daß das Haus an den Intentionen seines Vorgängers festhalten und die 15,000 Mark für diese neue Fortbildungsschule bewilligen werde. — Die Position wird einstimmig genehmigt.

Zu Kapitel 103, Titel 2, hebt Abg. Lauenstein den bedeutenden und ungerechtfertigten Unterschied in der Besoldung des Direktors und der Lehrer der Thierarzneischulen in Berlin und Hannover hervor; in Berlin bezieht der Direktor 7800 M. und die Lehrer 1800—5100 Mark, in Hannover, bei gleichen Anforderungen und gleichen Preisverhältnissen, nur 5400 resp. 1800—3600 M. Dazu kommt, daß die Berliner Lehrer Dienstwohnungen haben, der den hannoverschen Lehrern dafür gewährte Zuschuß aber die Ausgabe für Wohnung keineswegs deckt. Auch die Bestände zur Anschaffung von Lehrmitteln waren bisher so ungenügend, daß die Lehrer sich aus Privatmitteln Instrumente, Mikroskope u. s. w. anschaffen mußten. Es sind ja jetzt 2000 M. für diesen Zweck von der Regierung eingestellt, aber die Verwendung derselben glaubt Redner zweckmäßiger den ordentlichen Lehrern selbst und nicht dem Direktor zuweisen zu sollen.

Darauf erfolgt die Bewilligung des Titels.

Auf eine Anfrage des Abg. Berger, warum bei Anstellung von Assistenten nicht, wie in den Motiven zu einer vorjährigen Mehrforderung zu Stipendien für wissenschaftliche Assistenten, Thierärzte und Veterinäreleven betont, Thierärzte, sondern Mediziner bevorzugt worden, erfolgt vom Regierungssitze keine Antwort.

Bei Kapitel 105, Titel 6, zu vermischten Ausgaben, insbesondere zur Unterhaltung der Dienstfahrzeuge der Fischereibeamten 8040 M., befürwortet Abg. Schmidt (Stettin) die Jurisdispositionsstellung eines Dampfschiffes, um den Aufsichtsbereichen, namentlich auf dem Haff zwischen Stettin und Swinemünde, ihre schwierige Aufgabe zu erleichtern. Ein solcher Dampfer könnte zugleich der wissenschaftlichen Kommission zur Erforschung der deutschen Meere im Interesse der Fischerei dienen.

Zur folgenden Position, welche für die eben erwähnte wissenschaftliche Kommission 15,000 M. fordert, ergeht sodann das Wort Abg. Nickerl: Es ist erfreulich, daß der Minister die Ausgabe für die wissenschaftliche Kommission in Kiel zur Erforschung der deutschen Meere aus dem Extraordinarium in das Ordinarium verlegt hat und daß sie auch übertragungsfähig gemacht ist. Die Anwohner der Nord- und Ostsee versprechen sich aus dieser Uebertragung eine erhebliche Förderung der Fischerei. Zugleich mag bei diesem Anlaß die Aufmerksamkeit des Ministers auf die Fischerei in der Ostsee gerichtet werden, die seit Jahren einen sehr bedenklichen Rückgang zeigt, namentlich in der dänischen Bucht und den angrenzenden Regionen. Die Anstrengungen der Privaten diesem Rückgang gegenüber erwiesen sich als ohnmächtig; es fehlt ihnen zunächst an Mitteln, um die Ursachen desselben festzustellen. Schon seit mehreren Jahren wünschte man, daß in Bezug auf diese Gründe und vor allen Dingen auf die Laichplätze zunächst die dänischer Bucht und die angrenzenden Regionen einer gründlichen wissenschaftlichen Untersuchung unterzogen würden. Darauß

würde sich ergeben, welche Maßnahmen im Interesse der Fischerei notwendig sind, ob nicht z. B. die Ausführung des Baggerschiffs, die namentlich von Danzig aus in großen Massen bewirkt wird, einen nachtheiligen Einfluss auf die Laichplätze hat. Das Urtheil darüber kann nur auf Grund einer eingehenden speziellen Untersuchung zum Abschluss gebracht werden. Durch die Uebertragung dieser Position in das Ordinarium wird die wissenschaftliche Kommission in Kiel gewissermaßen offiziell als das dauernde Organ für derartige Untersuchungen anerkannt. Die erste Untersuchung der Ostsee durch dieselbe im Jahre 1871 hatte lediglich den Zweck der Orientirung, ihr folgte die der Nordsee im Jahre 1872; seitdem haben die Arbeiten nicht den Umfang erreicht und gingen nicht so ins Spezielle, wie es zu wünschen ist. Im vorigen Jahre hat die Regierung einzelne Untersuchungen über die Laichplätze der Breiten und geringe durch den Königsberger Universitätsprofessor Kupfer, einer Autorität auf diesem Gebiete, anstellen lassen, man hat diesem Herrn aber so schlechte Boote dazu gegeben, daß er nicht im Stande war, seine Aufgabe zu lösen. Ueber die Laichplätze der Serringe und der Flundern in der Ostsee weiß man heute noch nichts Näheres. Früher stellte die kaiserliche Admiralität einen Viso zu diesen Untersuchungen; sie würde auch wohl jetzt kleine Kriegsschiffe gegen Entlohnung der Kosten der Indienststellung gewähren. Ich frage, ob dem Minister schon jetzt ein Plan über die im nächsten Jahr von der kaiserlichen Kommission vorzunehmenden Untersuchungen vorliegt, und bitte dringend sein Wohlwollen namentlich der Danziger Bucht und deren Umgebung zuzuwenden, da hier eine Abhilfe dringend geboten ist, und die wissenschaftlichen Fundamente für Maßregeln zur Hebung der Fischerei gänzlich fehlen. Der Minister wird gewiß bereit sein, diese Hilfe zu gewähren.

Regierungs-Kommissar Geheimer Regierungs-Rath F a s s e n a u widerspricht zunächst der Behauptung Ridders, daß ein Rückgang der Fischerei in der Ostsee stattgefunden und verspricht Erfüllung des bezüglichen Untersuchung in der Danziger Bucht ausgesprochenen Wunsches. Es seien dazu aber 4000 Mark erforderlich, deren Einstellung in den Etat aus Mangel an verfügbaren Fonds noch nicht habe erfolgen können, auch für das kommende Jahr nicht bestimmt zugesagt werden könne, im Jahre 1881 aber bestimmt erfolgen werde.

Abg. Ridert findet diese Auskunft nicht sehr tröstlich und glaubt, wenn dem Minister anderes Material unterstellt werde, werde er wohl die 4000 M. auf den nächstjährigen Etat stellen können. Der Behauptung des Regierungs-Kommissars, ein Rückgang der Fischerei in der Danziger Bucht habe nicht stattgefunden, muß er widersprechen; der Rückgang sei eine allen Sachverständigen bekannte Thatsache.

Landwirthschaftlicher Minister Dr. Lucius bemerkt, sein Herr Kommissar habe bereits seine (des Ministers) Bereitwilligkeit zur Vornahme der gewünschten Untersuchung erklärt, da er aber nach dem Etat rechnen müsse, könne er eine bindende Zusage für das nächste Jahr nicht machen.

Die Position wird bewilligt.

Zu der im Extraordinarium Kap. 107 Tit. 8 für die im Frühjahr 1880 stattfindende internationale Fischerei-Ausstellung verlangten 50,000 Mark bemerkt Abg. Schmidt (Stettin): Die beachtlichste Kollektiv-Ausstellung im landwirthschaftlichen Museum wird von allen Ländern, sogar von Ostasien aus besucht werden. Die Unternehmer haben auch von Freunden der Fischerei kleine Beiträge zur Deckung eines etwaigen Defizits gegen Interimszinsseine eingefordert, so daß dem Staate voraussichtlich kein Defizit zur Last fallen wird. Ich empfehle die Genehmigung dieser Ausgabe.

Die Position wird genehmigt.

Bei Tit. 12, für die Kanalbauten im mittleren Emsgebiete der Provinz Hannover, letzte Ergänzungssatz 500,000 M., dankt der Abg. Windthorst Namens seiner Wähler dem landwirthschaftlichen Minister dafür, daß derselbe sich so bald persönlich von den Verhältnissen der Provinz Hannover überzeugt und für den Bau des Kanals von Papenburg nach Börger eine Unterstützung gewährt und damit zugleich vielen Nothleidenden Arbeit verschafft hat. Ridert hofft, daß das großartige Unternehmen der Kanalbauten im mittleren Emsgebiete zu einem gedeihlichen Abschluss gebracht werde, sollte auch die jetzt als letzte Rate geforderte Summe nicht ausreichen.

Zu Titel 13 — zur Vervollendung der Meliorationsanlagen im Gebiete der Elb- und Havel bei Magdeburg 177,000 M. — und Titel 14 für die Deichanlagen zwischen Barby und Schönebeck 100,000 Mark konstatirt Abg. Stengel, daß die Regierung ihrerseits erklärt hat, sie werde die Landbahnen des großen Wehrs bei Preßien, welches den Schlüssel der ganzen Umfluthanlagen bildet, in den Händen eines Staatsbeamten lassen, der nicht nur den Wasserstand am Wehre selbst, sondern auch telegraphische Nachrichten über herannahendes Hochwasser berücksichtigen werde.

Es folgt die Berathung des Etats der Geflügel-Verwaltung.

Zu Kap. 33, Titel 6—10, Landgestütze, spricht der Abg. von Rauchaup den Wunsch aus, daß der Ankauf der für die Landgestütze nötigen Beschäler einer Kommission übertragen werde, die den Landstallmeister der Provinz zuzuziehen habe, und daß in den einzelnen Provinzen allgemeine Hengstmärkte errichtet werden, damit dem Bedürfnisse der einzelnen Provinzen mehr Rechnung getragen werde. Die aus den königlichen Hauptgestütern für die Landgestütze zu entnehmenden Hengste würden schon jetzt von einer Kommission und mit viel größerer Sorgfalt ausgewählt, als die freihändig angekauften, deren Auswahl allein in der Hand des Generalallstallmeisters liege, während doch beim Pferdekauf vier Augen immer mehr sehen, wie zwei. Die in dem Landgestüt zu Neustadt a. d. Dosse für die Provinz Sachsen angekauften Hengste seien nach dem Urtheil verschiedener Sachverständiger zur Veredelung des schweren Pferdegeschlages dieser Provinz ganz unbrauchbar. Man müsse aber von Staats wegen dafür sorgen, daß die sächsischen Pferdezüchter ihren Hengstbedarf nicht ferner aus Frankreich und Belgien holen müssen. Es sei auch falsch, für schwere Hengste geringere Summen auszuwerfen, als für leichte, denn gute schwere Hengste seien nicht billiger.

Generalallstallmeister v. Lüderitz: Wenn ich ein Landgestüt inspiere, so frage ich jedesmal dessen Chef, was er bedarf; er giebt eine Liste aus, und es kommt nicht selten vor, daß ich von den Hengsten, die er mir überweist, viele behalte und andere, fehlerhafte ausrangiere; immer aber im Einverständniß mit dem Landesgestütdirektor. Dieser bezieht in seiner Provinz die Hengste und zeigt mir an, was die Hengste kosten, die wir brauchen. Bei den sonstigen Ankäufen unterstützt mich immer der Landstallmeister. Vor der Abnahme wird jeder Hengst, dessen Gesundheit zweifelhaft ist, von einem Thierarzt untersucht. Die günstigen Resultate der Gestüte sind wohl ein gutes Zeugniß für mich; denn Hengste, die nichts taugen, haben nichts zu arbeiten. Durch eine Kommission zum Ankauf der Pferde würden aber die Leute wahrlich zur Züchtung von Hengsten ermuntert, die, wenn sie nicht angekauft werden, doch beden und dann mehr Schaden anrichten, als ich gut machen kann. Schon jetzt werden mir, wenn ich 160 kaufen will, 170 anboten. Ich habe mich bemüht, dem Bedürfnisse nach schweren Hengsten im vollsten Maße zu genügen. Im Rheinland wurden von schweren Schlägen früher nur 2500, im letzten Jahre aber 5800 Stuten gedeckt. Ich bemühe mich, das Beste anzukufen; wenn ich aber den Durchschnittspreis für die schweren Hengste niedriger ansehe als für leichte, so ist dies richtig; denn im Durchschnitt sind sie billiger. Ich werde mich freuen, wenn die sachverständigen Herren in den Gestüten die Stuten besehen — das steht Jedem frei — und dann ihr Urtheil darüber abgeben.

Abg. v. Schorlemer-Alst widerspricht dem Vorschlage, den freihändigen Ankauf der Hengste für die Landgestütze einer Kommission zu übertragen. Der Ankauf müsse durchwegs in einer Hand liegen, wie

es auch beim Remontenanfauf jetzt thatsächlich der Fall sei. Die Wünsche in Westfalen in Bezug auf schwere Hengste seien, seitdem der jetzige Generalallstallmeister im Amte sei, vollständig befriedigt worden, wofür der Redner ihm seinen Dank ausspricht. Es ist nicht immer richtig, daß sechs Augen mehr sehen als zwei, wenn diese zwei so gut sehen, so unrichtig und eingehend prüfen, wie die Augen des jetzigen Herrn Generalallstallmeisters. Eine Kommission kostet mehr, leistet aber sicher nicht mehr.

Der Etat der Geflügelverwaltung wird im Ordinarium und Extraordinarium durchweg genehmigt.

Es folgt der Etat der Zentral-Verwaltung der Domänen und Forsten. Kap. 10a. der einmaligen und außerordentlichen Ausgaben verlangt in Tit. 1 zum Anfauf eines Dienstgebäudes für die Provinzialsteuerdirektion zu Berlin an Stelle ihres an das Ministerium für Landwirthschaft, Domänen und Forsten abgetretenen Grundstücks Leipziger Platz Nr. 7 zu Berlin 570,000 M.

Die Budgetkommission beantragt durch ihren Referenten Abg. v. S il l e n die Position zu streichen, ersiens aus formellen Gründen, weil die Regierung ohne Bewilligung der Landesvertretung ein Gebäude aus dem Reffort der indirekten Steuern für das Reffort des landwirthschaftlichen Ministeriums verwendet hat, und zweitens hauptsächlich aus materiellen Gründen, weil ein dringendes Bedürfnis zu einer so hohen Bewilligung bei der jetzigen Finanzlage nicht erwiesen sei. Sowohl die Verwaltung der Domänen und Forsten sei in dem Gebäude des Finanzministeriums genügend untergebracht, als auch die Provinzialsteuerdirektion wenigstens für die nächsten fünf Jahre, da sie das jetzt zum Kauf empfohlene Haus für diese Zeit miethsweise inne habe.

Abg. Graf Limburg-Stürum: Ich bitte diese Position abzulehnen nicht nur aus den vom Referenten vorgebrachten Gründen, sondern weil wir bei den Verhandlungen über die Reorganisation der Ministerien in der Budgetkommission ausdrücklich konstatirt, daß diese Reorganisation mit irgend erheblichen Kosten nicht verknüpft sein solle, daß namentlich die Verwaltung der Domänen und Forsten in den bisherigen Räumen des Finanzministeriums verbleiben solle. Das wird sofort nach Schluß des Landtages plötzlich umgestoßen, wobei ich allerdings konstatiren muß, daß dies Seitens der früheren Minister Sobrecht und Friedenthal geschehen ist, und ständen diese heute noch an ihrem Platze, so würde ich meine Bewerfungen noch viel schärfer machen. Von dem jetzigen Landwirthschaftsminister weiß ich durch langjährigen persönlichen Verkehr, daß er ein fortgesetztes Verfahren eingeschlagen haben würde, daß er eine bezügliche Vorlage an das Haus gebracht und es nicht mit einem fait accompli überbracht haben würde. Die Konservativen haben nie das Recht der Regierung, über ihre Dienstgebäude im Verwaltungswege zu disponiren, bestritten, aber wo eine solche Transaktion eine Gelbbewilligung erfordert, da tritt das Recht dieses Hauses zur Mitbestimmung ein und so wenig wir unser Budgetrecht zur Ausdehnung der Nachbefugnisse dieses Hauses zu benutzen gedenken, ebenso wenig wollen wir uns dieses selbst verkümmern lassen. Es giebt viele Fälle, wo die Regierung bei den Bewilligungen ein gewisses Vertrauen dieses Hauses bedarf, aber solche Vorgänge wie diese sind nur dazu angethan, das Haus zu veranlassen, in solchen Fällen seine Bewilligungen schärfer zu vinkuliren.

Minister Dr. Lucius: Das Urtheil des Vorredners über meinen und des Finanzministers Standpunkt war wohl etwas zu streng. Die in Rede stehende Transaktion ist offen und loyal durchgeführt worden und wir treten mit einer Indemnitätsforderung für dieses fait accompli vor das Haus. Wo ein Gebäude so nahe bei dem landwirthschaftlichen Ministerium für die Domänen- und Forstverwaltung zur Disposition stand, war ein zweckmäßiger Tausch nur den Intentionen dieses Hauses gemäß, welches sich schon oft darüber beklagt hat, daß die einzelnen Refforts sich fast feindlich behandeln. Ueber die Zweckmäßigkeit der getroffenen Maßregel herrscht kein Zweifel, für die Provinzialsteuerdirektion wird damit ein dauerndes Bedürfnis befriedigt. Wenn Sie diese Position ablehnen, dann wird das Haus Königsgräberstraße 88 nicht gekauft und der Besitzer wird seiner vertragmäßigen Verpflichtung entbunden, aber später werden wir dann für ein Haus einen viel höheren Preis zahlen müssen. Ich betone schließlich nochmals, daß nach meiner Auffassung das hier eingeschlagene Verfahren der Regierung der nachträglichen Genehmigung des Landtages bedarf.

Finanzminister Bitter: Ich kann im Ganzen den Ausführungen des Vorredners beitreten. Wenn auch die Bureauverhältnisse des Finanzministeriums nicht die direkte Veranlaugung zu der in Rede stehenden Maßregel gewesen sind, so waren sie doch keineswegs menschlich würdig zu nennen. Wenn Sie diese Position ablehnen, dann müssen wir dem Hauseigentümer in der Königsgräberstraße 88 sein Haus in vernünftigen Zustand zurückgeben und das verursacht beträchtliche Kosten und der dann für die Provinzialsteuerdirektion nötig werdende Neubau wird bedeutend höhere Kosten verursachen, als hier gefordert werden. In konstitutioneller Hinsicht theile ich den Standpunkt des Vorredners und wo wir einmal durch unvorhergesehene Bedürfnisse zu einem ähnlichen Vorgehen gezwungen werden, so werden wir stets hierfür die Indemnität des Hauses nachsuchen.

Abg. Stengel beantragt nach diesen Erklärungen diese Position nochmals beibehaltung Prüfung des praktischen Bedürfnisses an die Budgetkommission zurückzuverweisen.

Abg. v. Seere man bekämpft diesen Antrag, da ein novum nicht hinzugekommen sei. Zudem sei die Provinzialsteuerdirektion noch auf fünf Jahre genügend versorgt, eine Preissteigerung des Grundstücks, das ja nicht gerade in der Königsgräberstraße zu liegen brauche, auch nicht zu erwarten. Er bittet die Position abzulehnen.

Abg. Ridert ist gleicher Meinung. Es sei noch keineswegs nachgewiesen, daß nicht ein für die Provinzialsteuerdirektion geeignetes Gebäude unter den hiesigen fiskalischen Grundstücken vorhanden sei.

Abg. v. Minnigerode glaubt dagegen, daß mit Annahme des Antrages Stengel kein Zeitverlust eintrete, dagegen die sachgemäße Erledigung der Angelegenheit selbst gefördert werde.

Finanzminister Bitter erklärt, daß seines Wissens ein für die Provinzial-Steuerdirektion in Berlin geeignetes fiskalisches Gebäude nicht vorhanden sei.

Abg. Riesecke weist in dieser Beziehung auf das Gebäude der Lotterieverwaltung am Gendarmenmarkt hin. Die Lotterieverwaltung sei an keine bestimmte Gegend gebunden und die jetzt dort befindlichen Bureau der Verwaltung der direkten Steuern würden in das hierfür errichtete neue Gebäude neben dem Finanzministerium verlegt.

Der Antrag Stengel und die Position selbst werden abgelehnt.

Es folgt der Etat der Domänen (Einnahme aus den Domänenverwerten 12,985,298 Mark.)

Abg. v. Minnigerode: Gegenüber den Bemerkungen von jener (linken) Seite in der vorigen Session, daß die Nachweisung der Verpachtung von Domänen-Vorwerken darauf hinweise, daß die Landwirthschaft sich in günstigen Verhältnissen befinde, möchte ich heute konstatiren, daß der Mehertrag der Domänen, die in diesem Jahre verpachtet sind, zum größten Theil aus sechs Domänen herrührt, von denen fünf in der Provinz Sachsen liegen und mit Zucker-Fabriken verbunden sind, während eine in Pommern belegene vom Militär-Fiskus benutzt wird. Dagegen ist aber unter 41 Domänen bei neun der Ertrag zurückgegangen; das spricht nicht für eine gute Lage der Landwirthschaft.

Abg. Ridert: Man kann aus dieser Nachweisung weder für noch gegen die Lage der Landwirthschaft etwas folgern. Die Neukennung des Abg. v. Minnigerode sollte das Volk doch nur glauben machen, wir leugneten die ungünstige Lage der Landwirthschaft. Wir haben vollkommen anerkannt, daß das ganze Erwerbsleben, nicht bloß die Landwirthschaft unter einem empfindlichen Schlage gelitten habe. Wenn die Pachterträge jetzt nicht mehr so in die Höhe gehen, so

liegt das daran, daß man früher schon viel zu hoch damit gegangen ist.

Abg. Quadt: Wenn die Domänen mit Zuckerfabriken eine höhere Pacht ergeben, so sollte man diesen Industriezweig noch mehr kultiviren. Die Rübenbauculturen in Preußen haben gute Resultate geliefert, es wäre nur zu wünschen, daß das Institut in Königsberg mit den Hilfsmitteln ausgerüstet würde, welche es befähigen, Analysen im Interesse der Landwirthschaft zu machen.

Abg. Windthorst: Bei den Debatten im vorigen Jahre hier und im Reichstage ist gerade auf diese Nachweisung hingewiesen, um zu zeigen, daß die Landwirthschaft eines Schutzes nicht bedürfe. Ich Recht hat deshalb Herr v. Minnigerode auf den Rückgang der Domänenpachtpreise hingewiesen. Nach meinen Erfahrungen bin ich erstaunt gewesen, daß man so hohe Preise erzielt hat. Für die Finanzen ist das sehr angenehm, aber die Pachter werden ihre Rechnung dabei nicht finden und in Folge dessen die Güter zum Schaden derselben bewirthschaften. Dieser Rückgang der Pachterträge ist eine Rechtfertigung der im Reichstage befolgten Zollpolitik. Herrn Ridert mag das allerdings nicht angenehm sein, zumal da er, wie ich heute Morgen in der Zeitung gelesen, nächsten einen Vortrag über den Nachtheil der Zollpolitik halten will.

Abg. Schmidt (Stettin) erkennt an, daß er im vorigen Jahre auf die Steigerung der Pachterträge hingewiesen habe; der damalige Abgeordnete v. d. Goltz habe ihm widerprochen, aber selbst der Minister habe seit 1871 eine bedeutende Steigerung konstatirt. Uebrigens steigen die Getreidepreise und die Ausfuhr von Kartoffeln nach England nehmen zu, so daß auch heute das Plus in den Pachterträgen sehr begreiflich sei. Die Domänenpächter befänden sich in einer ganz guten Lage. Auf den Preis des Getreides hätten die Zölle keinen Einfluß (Windthorst: Hört! Heiterkeit rechts), er, Ridert, meine, die Preise regulirten sich ohne die Zölle, so daß eine Zollerhöhung im Interesse der Landwirthschaft nicht notwendig gewesen sei.

Abg. Ridert: Der Abgeordnete Windthorst glaubte einen Rückgang der Erträge aus den Domänenverpachtungen konstatiren zu können. Ich nehme an, daß ihm die Nachweisung nicht vorgelegen, sonst hätte er diese Behauptung nicht aufgestellt. 825 Domänengrundstücke werden verpachtet; die Nachweisung umfaßt davon 41, von denen nur 12 einen niedrigeren Ertrag ergeben haben. Davon sind die Erträge nur bei neun aus inneren Verhältnissen zurückgegangen, bei drei sind Verminderungen durch Abtretung an die Forstverwaltung und dergleichen vorgenommen, wodurch sich der Pachtpreis naturgemäß ermäßigen muß. Alle übrigen ergeben eine höhere Pacht als früher.

Abg. Ridert: Wenn die Zeitungsnotiz, daß ich in einem hiesigen Beirathsverein über Vertheuerung der Lebensmittel durch die neuen Zölle sprechen will, den Abg. Windthorst schon so aufgeregt, um hier zu protestiren, so muß ihm seine Sache doch wenig geheuer vorkommen. Seine Berufung auf die Verpachtungstabelle spricht durchaus nicht für ihn. Im Gegentheil: 41 Neuverpachtungen ergeben zusammen einen um 20 Proz. höheren Ertrag, ein Rückgang des Pachtertrages aus allgemeinen Gründen wird nur in 6 Fällen notirt. Eine Mindereinnahme an Pacht, weil die mit der Domäne verbundene Gastwirthschaft im Ertrage zurückgegangen ist, kann doch nicht als Beweis für den Rückgang der Landwirthschaft angeführt werden. Wir haben gegen die Zölle gekämpft, nicht weil wir die Verhältnisse der Landwirthschaft zu günstig hielten, sondern weil wir den Großgrundbesitzern nicht Vortheile zuwenden wollten auf Kosten anderer Personen. Gerade vor einem Jahre sprach sich hier Herr von Schorlemer gegen einen Kornzoll aus, weil, wie er sagte, er den armen Leuten das Brod nicht vertheuern wolle. Nachher hat das Zentrum sogar für die Verdoppelung des Kornzolles gestimmt. Nicht daß der zum 1. Januar bevorstehende Zoll die jetzige Vertheuerung hervorgerufen behaupten wir, sondern daß mit dieser Vertheuerung alle Voraussetzungen hinfällig geworden sind, unter denen damals der Roggenzoll bewilligt wurde. Wo find denn jetzt die Millionen von Jahresportionen an Korn, welche, wie damals der Reichsanstalt sagte, sich im Lande umbereiben und selbst zu Schleuderpreisen keinen Absatz finden können. Der Kornpreis ist seitdem in Berlin gestiegen im Verhältnis von 12 : 17. Damals sagte der Reichsanstalt, die Landwirth führen von einem Markt zum anderen und könnten ihr Korn nicht los werden, weil der Händler fast lächelnd zu niedrigen Preisen biete. Jetzt ist es eher umgekehrt und die Landwirthe halten zurück, weil sie glauben, die Preise würden sich noch steigern. Im Westen haben die Kornpreise eine Höhe erreicht, bei welcher zur Zeit, als der Kornzoll bestand, derselbe von selbst suspendirt wurde. Wie steht es mit den Kartoffeln? (Unruhe rechts und im Zentrum.) Ja, meine Herren, warum haben Sie das Thema angefangen? Wüssten jetzt die Landwirthe etwa ihre Kartoffeln wieder nach Hause fahren, weil sie sie auf dem Markt nicht los werden können? Nein! Sogar in den Zeitungen fragt man, wo Kartoffeln zu haben sind. Man geht hier in der Umgegend umher, um Kartoffeln zur Ausfuhr nach England aufzukaufen. Die Eisenbahnen im ganzen Norden können nicht genug Waggonstellen, man hat selbst hier in Berlin Furcht vor einem Nothstand und beschäftigt sich in kommunalen Kreisen damit, einen alten Verein zur Bekämpfung eines solchen wieder ins Leben zu rufen. Nun hätte ich gar nichts gegen die Kartoffelausfuhr einzumenden, durch welche hier die Preise in die Höhe getrieben werden, wenn der Freihandel sich nicht einseitig gestaltete. Aber wenn die Kartoffelausfuhr frei bleibt, muß auch die Roggeneinfuhr über den 1. Januar hinaus frei bleiben. Beansprucht dagegen der deutsche Landwirth ein Vorrecht auf dem deutschen Markt für sein Produkt, dann hat der deutsche Konsum auch ein Vorrecht, daß er die deutsche Kartoffel ist und nicht die Konkurrenz des Auslandes ihm den Preis in die Höhe treibt. Entweder das Eine oder das Andere! Erwägt man es dem Auslande, die Roggenpreise zu Gunsten der Konsumenten herabzudrücken, so muß es auch dem Auslande verwehrt werden, die Kartoffelpreise zum Schaden des Konsumenten in die Höhe zu treiben. Vor diese Kartoffelfrage werden Sie allerdings noch gestellt werden. Im Reichstage habe ich zweimal bei Berathung der Lebensmittelsölle auf die in Oberschlesien drohenden Verhältnisse warnend hingewiesen. Als Ursache des Nothstandes wird jetzt auch auf die größere Arbeitslosigkeit in Form von Minderung des Grenzverkehrs hingewiesen. Diese Verminderung ist zum Theil eine Folge der Lebensmittelsölle und der erhöhten Eisenbahntarife. In welchen Widersprüchen befindet sich unser Regierungssystem! Gerade jetzt, wo Schlesien für den eigenen Verzehr nicht genug Roggen und Kartoffeln produziert hat, kündigt der Eisenbahnminister die niedrigen Getreide- und Mehltarife für die Zufuhr aus Oesterreich vom 1. Januar ab. Dort erschwert man die Zufuhr, während selbst noch in Schlesien die Kartoffeln zur Ausfuhr nach England auf gekauft werden. Andererseits sollen wieder von hier Kartoffeln zu besonders billigen Tarifen nach Schlesien gefahren werden. Entweder muß man nach allen Seiten die natürlichen Preisgesetze gelten lassen oder ein vollständiges System der Bevormundung einführen, das dann aber nicht nur den Produzenten, sondern auch den Konsumenten ins Auge faßt, statt wie das jetzige Zollsystem nur einseitige Interessen zu vertreten. (Beifall links.)

Minister Dr. Lucius: Ich will auf die Zollfrage nicht eingehen, aber konstatiren, daß die Wirkung der noch gar nicht eingetretene Zölle für Domänen und Domänenpächter auch keine nachtheilige sein kann. Allerdings werden die Preise der Forst- und Landwirthschaftsprodukte einen Einfluß auf die Pachten haben, aber ein anderer Faktor der Preisbestimmung der Lebensmittel werden neben den Zöllen auch die Eisenbahntarife sein. Die gegenwärtige Preissteigerung ist eine Folge der Mähen, die man nicht voraussehen konnte. Uebrigens werden die Kartoffeln von den Zollverhältnissen gar nicht betroffen und ein Ausfuhrverbot wäre wohl nicht am Platze. Was den Nothstand in Oberschlesien betrifft, so ist leider kein Zweifel, daß in 3, 4 oder vielleicht auch 6 Kreisen Zustände drohen, welche Hilfe von verschiedenen Seiten in Anspruch nehmen werden. Das Staatsministerium hat sich mit der Frage bereits beschäftigt; es sind alle Vorbereitungen

Minister Dr. Lucius: Ich will auf die Zollfrage nicht eingehen, aber konstatiren, daß die Wirkung der noch gar nicht eingetretene Zölle für Domänen und Domänenpächter auch keine nachtheilige sein kann. Allerdings werden die Preise der Forst- und Landwirthschaftsprodukte einen Einfluß auf die Pachten haben, aber ein anderer Faktor der Preisbestimmung der Lebensmittel werden neben den Zöllen auch die Eisenbahntarife sein. Die gegenwärtige Preissteigerung ist eine Folge der Mähen, die man nicht voraussehen konnte. Uebrigens werden die Kartoffeln von den Zollverhältnissen gar nicht betroffen und ein Ausfuhrverbot wäre wohl nicht am Platze. Was den Nothstand in Oberschlesien betrifft, so ist leider kein Zweifel, daß in 3, 4 oder vielleicht auch 6 Kreisen Zustände drohen, welche Hilfe von verschiedenen Seiten in Anspruch nehmen werden. Das Staatsministerium hat sich mit der Frage bereits beschäftigt; es sind alle Vorbereitungen

Wien, 25. November. Abendbörse. Kreditaktien 271,60. Franzosen 262,25, Galizier 239,50, Anglo-Austr. 133,50, Lombarden 84,25, Papierrente 68,25, österr. Goldrente 80,30, ungar. Goldrente 94,55, Marknoten 57,67½, Napoleons 9,31½, 1864er Loose —, —, österr.: ungar. Bank —, Geschäftlos.

Produkten-Börse.

Berlin, 25. Novbr. Weizen pr. 1000 Kilo loco 200-240 M. nach Qualität geford. Gelber Markt. — M. ab Bahn bezahlt. F. gelber Schleißer — M. ab Bahn bez. Regulierungspreis f. d. Ründigung — M. Gefündigt 1,000 Str. Per November — bezahlt, per November-Dezember 225 1/2-226 bezahlt, per Dezember-Januar —, per Januar-Februar —, per April-Mai 236 1/2-236 1/2 bez., per Mai-Juni 238 — bez. — Roggen per 1000 Kilo loco 157-178 M. nach Qualität gef. Russ. — ab Bahn bez. Inland. 171-175 M. a. B. bez. F. Russischer — M. ab Bahn bez. Regulierungspreis f. d. Ründigung 159 1/2 M. bezahlt. Gef. — Str. Per Nov. 159 1/2-160 bz. per November-Dezember 159 1/2-166 bez., Dezember-Januar 159 1/2-160 bezahlt, per Januar-Februar 162 1/2-164 bezahlt, Febr.-März — bez., per April-Mai 169 — 170 bezahlt, per Mai-Juni 168 1/2-169 1/2 bezahlt. — Gerste per 1000 Kilo loco 140-200 nach Qualität gefordert. — Hafer per 1000 Kilo loco 133 bis 155 nach Qualität gefordert. Russischer 134 bis 138 bez., Kommerischer 140 bis 144 bez., Ost- und Westpreussischer 136 bis 142 bez., Schleißer 142-145 bez., Galizischer —, bez., Böhmischer 142-145 bezahlt, Mai-Juni 147 bez. Gefündigt — Str. Regulierungspreis — bez. Per November 135 M., per November-Dezbr. 135 M., per April-Mai 146-147 M. — Erbsen per 1000 Kilo loco 175-210 M., Futterwaare 165-174 M. — Mais per 1000 Kilo loco — bis — bez. nach Qualität. Rumänischer — ab Bahn bezahlt, Amerikanischer — f. B. bez. — Weizenmehl per 100 Kilo brutto 00: 32,00 bis 29,50 M., 0: 29,50-28,50 M., 01: 28,50-26,50 M. — Roggenmehl infl. Sack 0: 24,25-23,25 M., 01: 23,00-22,00 M., per November 22,95-23,00 bez., per November-Dezember 22,95-23,00 bez., per Dezember-Januar 22,95-23,00 bez., per Januar-Februar

23,30-23,40 bez. Febr.-März 23,50-23,60 bez., per April-Mai 23,85 bis 24,00 bez. Gef. — Str. Regulierungspreis für die Ründigung — bez. — Delfaat per 1000 Kilo Winter-Kaps 210-235 Markt, Nov.-Dez. — bez. — Winter-Rüben 205-228 M., Nov.-Dez. — Rübenöl per 100 Kilo loco ohne Fass 54,8 M., flüssig — M., mit Fass — M., per November 55,0 B., per November-Dezbr. 55,0 B., per Dezember-Januar 55,0 B., per Januar-Februar — bezahlt, per April-Mai 56,5 bezahlt, per Mai-Juni 56,8 M., loco 67,0 M., loco 26,0 M., Novbr. 25,2-25,7-25,5 M. bz., Novbr.-Dezbr. 55,2-25,7-25,5 bezahlt, Dezember-Januar 25,2-25,7-25,5 bez. Regulierungspreis f. d. R. — bez. Leinöl per 100 Kilo loco 67,0 M. — Petroleum per 100 Kilo loco 26,0 M., per November 25,2-25,7-25,5 bez., per Nov.-Dez. 25,2-25,7-25,5bz, April-Mai — Gefündigt — Str. Regulierungspreis — bz. — Spiritus per 100 Liter loco ohne Fass 60,5-60,0 bezahlt per Novbr. 59,8-59,6-59,9 bez., per Novbr.-Dezbr. 59,8-59,6-59,9 bez., per Dez.-Jan. 59,8-59,6-59,9 bez., per April-Mai 61,8-61,0-61,4 bez., per Mai-Juni 61,5-61,2-61,6 bez. Gefündigt —, Liter. Regulierungspreis für die Ründigung — bez. (B. B. 3.)

Stettin, 25. November. (An der Börse.) Wetter: Trübe. Temperatur + 1° N. Barometer 28,6. Wind: N.-D. Nachts stürmisch — Weizen flauer, per 1000 Kilo loco gelber inländischer 207-221 M., weißer 207 bis 225 M., per November 127 M. bez., per November-Dezember 226 M. bez., per Frühjahr 233 M. bez., Br. u. Gd. — Roggen fester, per 1000 Kilo loco inländischer 168-171 M., Russischer 156-160 M., per November 156,5-157 M. bez., per November-Dezember 156,5 M. bez., per Frühjahr 163-162 M. bez., Br. u. Gd., per Mai-Juni 163 M. bez. — Gerste flüß, per 1000 Kilo loco Brau- 149 bis 155 M., Futter- 124-129 M., Chevalier 167-173 M. — Hafer unverändert, per 1000 Kilo loco inländ. 136-140 M., russ. 125-130 M. — Erbsen flüß, per 1000 Kilo loco Futter- 158-132 M.

Roh- 165-172 M. bez. — Winterrüben per 100 Kilo loco ohne Fass behauptet, per 100 Kilo loco ohne Fass bei Kleinigkeiten 58 M. Br., kurze Lieferung hiefiges — M. ohne Fass, auswärtiges — M. mit Fass, per November 57 M. bez., per November-Dezember 56,5 M. Br., per Dezember-Januar 56,5 M. Br., per April-Mai 57-56,75 M. bez. — Spiritus fester, per 10,000 Liter pSt loco ohne Fass 58,8 M. bez., per November 58 M. Br., per November-Dezember 58 M. Br., per Dezember-Januar 58 M. Br., per Frühjahr 60,5-60,6 M. bez., per Mai-Juni 61,3 M. Br. u. Gd. — Angemeldet: 2000 Ztr. Weizen. — Regulierungspreise: Weizen 227 M., Roggen 157 M., Rübsöl 57 M., Spiritus 58 M. — Petroleum loco bei Kleinigkeit 13 M. verft. bez. Regulierungspreis 9,25 M. tr. (Office-Btg.)

Meteorologische Beobachtungen zu Posen 1879.

Datum.	Stunde.	Barometer 260 über der Offsee.	Thermometer.	Wind.	Wolkenform.
25. Nov.	Nachm. 2 28"	0° 96'	2° 8'	2-3	bedeckt Ni.
25. "	Abnds. 10 28"	1° 45'	5° 3'	2-3	halbbest. (St. Ci-st.)
26. "	Morgs. 6 28"	0° 53'	9° 7'	2-	better

1) Schneemenge 38,7 Pariser Kubitzoll auf den Quadratzoll.

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 24. November Mittags 0,86 Meter.
" 25. " " 0,94 "

Berlin, 25. November. Die Meldungen der auswärtigen Börsen hatten heute keine Anregung geboten; die Kurse waren wenig verändert; nur für Lombarden hatte sich etwas mehr Beachtung gezeigt. Die pariser Börse hatte dieselben herausgehoben, und auch hier wurden sofort Lombarden 2 M. höher bezahlt. Dagegen erschienen Kreditaktien nur schwach behauptet, Franzosen vernachlässigt. Ungünstig wirkte der Rückgang der dortmunder Union-Stammprioritäten um ungefähr ein Prozent, trotzdem die Eisenpreise aus Glasgow besser gemeldet wurden. Auch Laurahütte gab etwas nach, und die Meinung für Bergwerks-papiere war weniger günstig. Eisenbahn-Aktien erschienen behauptet.

Fonds- u. Aktien-Börse.

Berlin, den 25. November 1879.

Preussische Fonds- und Geld-Course.

Consol. Anleihe	4 1/2	104,50 B
do. neue 1876	4	97,10 B
Staats-Anleihe	4	97,80 B
Staats-Schuldch.	3 1/2	95,30 B
Do. Deichb.-Dbl.	4 1/2	103,25 B
Berl. Stadt-Dbl.	4 1/2	92,25 B
do. do.	3 1/2	92,25 B
Schldo. d. B. Rm.	4 1/2	
Bfandbriefe:		
Berliner	4 1/2	103,00 B
do.	5	106,20 B
Landch. Central	4	96,80 B
Kur- u. Neumark.	3 1/2	91,50 B
do. neue	3 1/2	87,70 B
do. do.	4	97,25 B
do. neue	4 1/2	
N. Brandbg. Cred.	4	87,00 B
Preussische	3 1/2	96,50 B
do.	4	102,40 B
do.	4 1/2	87,00 B
Bommerische	4	97,25 B
do.	4 1/2	102,80 B
do.	4	97,60 B
Posenische, neue	4	
Sächsische	4	
Schleische	4 1/2	
do. alte A. u. C.	4 1/2	
do. neue A. u. C.	4	
Westpr. ritterich.	3 1/2	96,80 B
do.	4 1/2	101,90 B
do. II. Serie	5	
do. neue	4 1/2	
do.	4 1/2	

Rentenbriefe:

Kur- u. Neumark.	4	98,50 B
Bommerische	4	98,40 B
Posenische	4	98,20 B
Preussische	4	98,20 B
Rhein- u. Westf.	4	98,90 B
Sächsische	4	98,60 B
Schleische	4	99,00 B

Souvereignes

20-Francstüde	16,15 B
do. 500 Gr.	4,18,5 B
Dollars	16,67 B
Imperials	13,93 B
do. 500 Gr.	

Fremde Banknoten

do. einlösb. Leipz.	80,75 B
Französl. Banknot.	173,70 B
Deuterr. Banknot.	174,30 B
do. Silbergulden	211,25 B
Russ. Noten 100 Rbl.	

Deutsche Fonds.

P.-A. v. 55 a 100 Th.	143,00 B
Gess. Prich. a 40 Th.	269,75 B
Bad. Pr. v. 67.	131,40 B
do. 35 fl. Obligat.	171,75 B
Hair. Präm.-Anl.	132,25 B
Braunschw. 20thl.-2	89,00 B
Brem. Anl. v. 1874	132,00 B
Ööln.-Mld.-Pr.-Anl.	125,40 B
Deff. St. Pr.-Anl.	113,00 B
Goth. Pr.-Anl.	111,70 B
do. II. Abth.	117,50 B
Ob. Pr.-A. v. 1866	180,50 B
Lübecker Pr.-Anl.	89,25 B
Mecklenb. Eisenbah.	25,30 B
Meininger Loose	118,50 B
do. Pr.-Anl.	148,50 B
Oldenburger Loose	102,40 B
D.-G.-B.-P. 110	98,50 B
do. do.	101,50 B
Östch. Hypoth. unf.	98,60 B
do. do.	101,25 B
Mein. Hyp.-Pf.	97,50 B
Krdd. Grdr.-G.-A.	94,00 B
do. Hyp.-Pfdbr.	

Komm. S.-B. 1.120 5	101,00 B
do. II. IV.	110 5
Komm. III. rz.	100 5
Pr. B.-G.-P.-R. rz.	101,90 B
do. do.	100 5
do. do.	115 4 1/2
Pr. G.-B.-Pfdbr. rz.	101,25 B
do. unf. rückz.	110 5
do. (1872 u. 74)	4 1/2
do. (1872 u. 73)	5
do. (1874)	5
Pr. Hyp.-A.-B. 120	100,25 B
do. do.	110 5
Schles. Bod.-Cred.	102,80 B
Stettiner Nat.-Hyp.	99,80 B
do. do.	96,50 B
Kruppsche Obligat.	110,00 B

Ausländische Fonds.

Amerik. rz. 1881	6
do. 1885	6
do. Bds. (fumb.)	5
Norweg. Anleihe	4 1/2
Newyork. Std.-Anl.	6
Deuterr. Goldrente	4
do. Pap.-Rente	4 1/2
do. Silber-Rente	4 1/2
do. 250 fl. 1854	4
do. Gr. 100 fl. 1858	4
do. Lott.-A. v. 1860	5
do. do. v. 1864	6
Ungar. Goldrente	6
do. St.-Eisb.-Akt.	5
do. Looje	5
do. Schatzsch. I.	6
do. do. kleine	6
do. do. II.	6
Italienische Rente	5
do. Tab.-Dblig.	6
Rumänier	8
Russische Looje	46,40 B
Russ. Centr.-Bod.	5
do. Engl. A. 1822	5
do. do. v. 1862	5
Russ.-Engl. Anl.	5
Russ. fund. A. 1870	5
Russ. conf. A. 1871	5
do. do. 1872	5
do. do. 1873	5
do. do. 1877	5
do. Boden-Credit	5
do. Pr.-A. v. 1864	5
do. do. v. 1866	5
do. 5. A. Stiegl.	5
do. 6. do. do.	5
do. Pol. Sch.-Dbl.	5
do. do. kleine	4
Poln. Pfdbr. III. C.	5
do. Liquidat.	4
Türf. Anl. v. 1865	5
do. do. v. 1869	6
do. Looje vollgez.	3

*) Wechsel-Course.

Amsterd. 100 fl. 8 T.	168,05 B
do. 100 fl. 2 M.	167,35 B
London 1 Str. 8 T.	20,32 B
do. do. 3 M.	20,24 B
Paris 100 Fr. 8 T.	80,65 B
Blg. Bpfl. 100 Fr. 3 T.	
do. do. 100 Fr. 2 M.	
Wien öst. Währ. 8 T.	173,50 B
Wien öst. Währ. 2 M.	172,50 B
Petersb. 100 R. 3 M.	210,25 B
do. 100 R. 3 M.	208,75 B
Warschau 100 R. 8 T.	211,00 B

*) Zinsfuß der Reichs-Bank für

Wechsel 4 1/2 für Lombard 5 1/2 pSt. Bank-	
diskonto in Amsterdam 3 pSt. Bremen —	
Brüssel 3 1/2, Frankfurt a. M. 4, Ham-	
burg —, Leipzig —, London 3 pSt. Paris	
B., Petersburg 6, Wien 4 pSt.	

namentlich rheinische und oberpfälzische, doch brach sich auf diesem Gebiete ebenso wie für Diskonto-Kommandit-Antheile und andere Bank-Aktien eine kleine Abschwächung Bahn. Nicht fest lagen Rumänier, Auch fremde Renten stellten sich Kleinigkeiten besser; russische Anleihen zogen 1 Prozent an. Im Allgemeinen mußte aber die Stimmung als lustlos bezeichnet werden. Die Haltung war zwar keineswegs matt, aber bei mangelnder Kaufkraft bröckelten die Kurse meistens langsam ab. Die gegen baar gehandelten Aktien lagen still und fest; Eisenbahn- und Bankpapiere waren nur sehr wenig verändert; auf dem Bergwerks-Aktien-Markt drückte Gewinnsschwäche. Für Aktien von Maschinen-

Bank- u. Kredit-Aktien.

Badische Bank	4	107,80 B
W. f. Rheinl. u. Westf.	4	41,50 B
W. f. Sprit- u. Pr.-G.	4	57,50 B
Berl. Handels-Ges.	4	80,60 B
do. Kassen-Verein	4	163,00 B
Breslauer Dis.-Bk.	4	93,50 B
Centralbk. f. B.	4	7,10 B
Centralbk. f. S. u. G.	4	64,00 B
Coburger Credit-B.	4	88,00 B
Edln. Wechselbank	4	99,50 B
Danziger Privatb.	4	106,30 B
Darmstädter Bank	4	141,10 B
do. Zettelbank	4	105,50 B
Deffauer Creditb.	4	77,00 B
do. Landesbank	4	123,50 B
Deutsche Bank	4	134,60 B
do. Genossensch.	4	107,50 B
do. Hyp.-Bank	4	86,00 B
do. Reichsbank	4	153,00 B
Disconto-Comm.	4	177,20 B
Geraer Bank	4	97,00 B
do. Handelsb.	4	49,25 B
Gothaer Privatb.	4	99,75 B
do. Grundredb.	4	89,00 B
Hypothek. (Hübner)	4	86,50 B
Königsb. Vereinsb.	4	91,00 B
Leipziger Creditb.	4	146,60 B
do. Discontob.	4	81,60 B
Magdeb. Privatb.	4	114,75 B
Medlb. Bodencred. fr.	4	57,75 B
do. Hypoth.-B.	4	71,75 B
Meining. Creditb.	4	82,75 B
do. Hypothekenb.	4	9,00 B
Niederlausitzer Bank	4	94,00 B
Norddeutsche Bank	4	154,00 B
Nordr. Grundcredit	4	40,40 B
Deuterr. Kredit	4	
Pföner Spritaktien	4	46,50 B
Petersb. Intern. Bk.	4	96,00 B
Pföner Landwirthsch.	4	63,00 B
Pföner Prov.-Bank	4	107,50 B
Preuss. Bank-Anth.	4 1/2	
do. Bodencredit	4 1/2	69,75 B
do. Centralbdk.	4	125,30 B
do. Hyp.-Spielb.	4	111,50 B
Probuft.-Handelsb.	4	79,00 B
Sächsische Bank	4	114,00 B
Schaffhauser Bank	4	97,75 B
Schlef. Bankverein	4	105,80 B
Südd. Bodencredit	4	125,00 B

Eisenbahn-Stamm-Aktien.

Aachen-Mastricht	4	20,50 B
Altona-Kiel	4	132,00 B
Bergisch-Märkische	4	90,70 B
Berlin-Anhalt	4	97,75 B
Berlin-Dresden	4	11,10 B
Berlin-Görlitz	4	15,70 B
Berlin-Hamburg	4	181,50 B
Berl.-Potsd.-Magd.	4	93,50 B
Berlin-Stettin	4	109,50 B
Bresl.-Schw.-Frbg.	4	89,10 B
Coln-Minden	4	143,25 B
do. Lit. B.	4	
Halle-Sorau-Guben	4	13,50 B
Hann.-Altenbeken	4	12,60 B
do. II. Serie	4	
Märkisch-Polener	4	22,90 B
Magd.-Halberstadt	4	142,25 B
Magdeburg-Leipzig	4	
do. do. Lit. B.	4	
Münster-Hamm	4	98,00 B
Niedersch.-Märk.	4	97,80 B
Nordb.-Hann.-Frbg.	4	22,30 B
Oberchl. Lit. A. u. C.	3 1/2	165,90 B
do. Lit. B.	3 1/2	142,20 B
do. Lit. C.	3 1/2	
Ostpreuss. Südbahn	4	50,60 B
Rechte Oderuferb.	4	131,80 B
Rheinische	4	146,90 B
do. Lit. B. v. St. gar.	4	96,10 B
Rhein-Nahabahn	4	10,25 B
Stargard-Posen	4	102,10 B
Thüringische	4	141,90 B
do. Lit. B. v. St. gar.	4	95,50 B
do. Lit. C. v. St. gar.	4	103,60 B
Weimar-Geraer	4	46,30 B

Industrie-Aktien.

Brauerei Pabstb.	4	120,00 B
Damenb. Rattun.	4	20,00 B
Deutsche Baugel.	4	57,75 B
Östch. Eisenb.-Bau.	4	7,25 B
Östch. Stahl- u. Eis.	4	
Donnersmarthütte	4	53,75 B
Dortmunder Union	4	16,50 B
Eggl. Masch.-Akt.	4	35,90 B
Erdmannsd. Spinn.	4	21,75 B
Korff-Charlottenb.	4	
Kriss u. Köhm. Nib.	4	55,90 B
Gelsenkirch.-Bergw.	4	125,00 B
Georg-Marienhütte	4	94,25 B
Gibernia u. Scharr.	4	80,00 B
Immobilien (Berl.)	4	78,00 B
Kramsta. Leinen-F.	4	87,50 B
Lauchhammer	4	35,25 B
Laurahütte	4	96,00 B
Luisenb.-Bergw.	4	64,00 B
Magdeburg-Bergw.	4	
Marienhüt.-Bergw.	4	71,00 B
Menden u. Schm. B.	4	84,50 B
Oberchl. Eis.-Bed.	4	56,00 B
Ostend	4	
Phönix B.-A. Lit. A.	4	80,90 B
Phönix B.-A. Lit. B.	4	52,50 B
Reichenhütte	4	173,00 B
Rhein-Nass.-Bergw.	4	89,50 B
Rhein-Westf. Ind.	4	
Stobwasser Lampen	4	20,50 B
Unter den Linden	4	9,00 B
Woblt. Maschinen	4	17,50 B

Eisenbahn-Prioritäten.

Altenburg-Weitz	5	
Berlin-Dresden	5	29,00 B
Berlin-Görlitz	5	58,00 B
Breslau-Warshaw	4	
Halle-Sorau-Gub.	5	61,25 B
Hannover-Attenb.	5	29,00 B
do. II. Serie	5	
Leipz.-Glauch.-M.	5	97,00 B
Märkisch-Polener	5	97,00 B
Magd.-Halberst. B.	5	86,00 B
do. do. C.	5	115,80 B
Marienh.-Mamfa	5	84,00 B
Nordhausen-Erfurt	5	85,00 B
Oberlausitzer	5	
Ostpreuss. Südbahn	5	94,75 B
Posen-Creuzburg	5	62,25 B

Rechte Oderuf. Bahn